

RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2005-2006

Nr.4

Ausführlicher Bericht

5. Dezember 2005

2. MITGLIEDSCHAFT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT IM RAT FÜR DEUTSCHE RECHTSCHREIBUNG

DER PRÄSIDENT.- Wir kommen zur Frage von Herrn Palm an Herrn Minister Paasch über die Mitgliedschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rat für deutsche Rechtschreibung. Herr Palm hat das Wort.

HERR PALM (*vom Rednerpult*).- Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Presse berichtete, die Deutschsprachige Gemeinschaft habe den Antrag auf eine vollwertige Mitgliedschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesem zwischenstaatlichen Gremium gestellt. Wenn ich recht informiert bin, wurde diesem Antrag auch stattgegeben. Bisher war die Deutschsprachige Gemeinschaft nur beratendes Mitglied. Meine Fragen: Welche Gründe gibt es für diesen Antrag auf vollwertige Mitgliedschaft? Warum reichte der Beratungs- bzw. Beobachterstatus nicht mehr aus?

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH (*vom Rednerpult*).- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt, dass wir am 28. Oktober in mehreren Schreiben eine Mitgliedschaft im Rat für deutsche Rechtschreibung beantragt haben. Darüber haben übrigens in der Zwischenzeit einige international bekannte Zeitungen wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* oder auch *Die Welt* berichtet. Es stimmt auch, dass unsere Chancen, in dieses Gremium aufgenommen zu werden, offensichtlich sehr gut sind. Dass dem so ist, verdanken wir unseren sehr guten internationalen Beziehungen. In diesem Falle ganz konkret dem gezielten Einsatz unseres Ministerpräsidenten.

Heute erhielt ich ein Schreiben, in dem der Rat für deutsche Rechtschreibung uns mitteilt, dass er sich in seiner Sitzung vom 25. November 2005 einstimmig dafür ausgesprochen hat, unseren Antrag auf Mitgliedschaft zu unterstützen. Die dafür notwendige Änderung der Statuten steht allerdings noch aus und muss von den zuständigen staatlichen Stellen beschlossen werden.

Warum haben wir diesen Antrag gestellt? Warum geben wir uns nicht mit unserem Beobachterstatus in der so genannten zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung zufrieden? Diese Kommission, der wir mit Beobachterstatus angehörten, war im Zuge der am 1. Juli 1996 unterzeichneten gemeinsamen Absichtserklärung zur Neuregelung der Rechtschreibung geschaffen worden. Die Antwort auf obige Frage ist sehr einfach: Wir können uns damit nicht mehr zufrieden geben, weil es diese Kommission nicht mehr gibt.

Der im August 2004 durch die Ankündigung verschiedener Verlage, zur alten Rechtschreibung zurückzukehren, neu entfachte Streit und der teils massive Widerstand so bekannter Autoren wie beispielsweise Günter Grass gegen diese Rechtschreibreform veranlassten die deutsche Kultusministerkonferenz im Oktober 2004 zu dem Beschluss, diese Kommission abzuschaffen und durch ein neues Gremium zu ersetzen. Daraufhin haben die deutschsprachigen Staaten und Gemeinschaften eine Vereinbarung über die Schaffung eines Rates für deutsche Rechtschreibung getroffen, dem als Vollmitglieder nicht nur Vertreter aus Deutschland, aus Österreich und aus der Schweiz angehören, wie das bei der ehemaligen Kommission der Fall war, sondern mittlerweile, auf deren ausdrücklichen Wunsch, je ein Vertreter des Fürstentums Liechtenstein und der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol.

Die Bedeutung der Entscheidungen dieses Rates für den Unterricht und die Anwendung der deutschen Sprache in unseren Schulen und darüber hinaus kann gar nicht hoch genug eingestuft werden. Der Rat für deutsche Rechtschreibung ist nunmehr im deutschen Sprachraum das maßgebliche Gremium zur

Festlegung der Schreibregelung. Er hat die langfristige Aufgabe, die Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum zu bewahren, die Entwicklung der Sprachpraxis zu beobachten und das orthographische Regelwerk im notwendigen Umfange weiterzuentwickeln. Dazu zählen insbesondere die ständige Beobachtung der Entwicklung der Schriftsprache, die Klärung von Zweifelsfällen der Rechtschreibung sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zur Anpassung des Regelwerks an den allgemeinen Wandel der Sprache. So steht es in den Statuten des neu geschaffenen Rates. So hat der Rat für deutsche Rechtschreibung beispielsweise vor zehn Tagen - am 25. November - die geänderte Silbentrennung am Zeilenende und die überarbeitete Interpunktionsregel beschlossen.

Wir haben seit Einsetzung dieses zwischenstaatlich zusammengesetzten Rates im Dezember 2004 und nach Gesprächen mit unseren Freunden aus Südtirol zunehmend den Eindruck gewonnen, dass eine Vollmitgliedschaft nicht nur für Liechtenstein und Südtirol, sondern auch für unsere Gemeinschaft von großem Interesse ist. Jedenfalls dann, wenn wir nicht das Risiko eingehen wollen, von wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen zu sein. Wir können natürlich nicht das Risiko verantworten, dass womöglich irgendwann in unserer kleinen Gemeinschaft andere Rechtschreiberegeln angewandt werden als beispielsweise in der benachbarten Bundesrepublik oder in Österreich. Deswegen haben wir ein fundamentales Interesse daran, möglichst nahe am Ball etwaiger Entscheidungen zu sein, in die Entscheidungsprozesse eingebunden zu sein und gegebenenfalls frühzeitig, rechtzeitig darauf reagieren zu können. Wir haben genau wie Südtirol und Liechtenstein die Erfahrung gemacht, dass nach der Abschaffung der zwischenstaatlichen Kommission eine Vollmitgliedschaft für uns hierfür die beste Lösung ist. Im Übrigen arbeiten alle Mitarbeiter dieser Kommission ehrenamtlich und deshalb führt diese veränderte Situation für uns nicht zu zusätzlichen Kosten.

Für unsere Gemeinschaft bietet sich mit diesem Antrag und hoffentlich mit dem Stattgeben dieses Antrags die Gelegenheit, über die neuesten Entwicklungen im Bereich der Rechtschreibung zeitnah informiert zu werden und an deren Weiterentwicklung mitzuwirken, wenn auch nur mit bescheidenen Möglichkeiten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)

DER PRÄSIDENT.- Herr Palm, möchten Sie Stellung zur Antwort des Ministers nehmen?

HERR PALM *(aus dem Saal)*.- Ich möchte mich zuerst für die ausführlichen Informationen bedanken, die ich in der Tat nicht kannte. Vielleicht wäre es sinnvoll, den Schulen diese Informationen zuzustellen. Gerade dort hatte man sich verwundert die Augen gerieben und gefragt, wieso unsere Gemeinschaft jetzt vollberechtigtes Mitglied sein soll. Diese Informationen des Ministers könnten manches Missverständnis beseitigen.